

Kritisches zur Klimapolitik

Erderwärmung Das liberale Carnot-Cournot-Netzwerk lud zu einem Abend mit kontroversen Themen.

Jeden Tag Temperaturen weit über 30 Grad. Die gegenwärtige Wärme lässt die Diskussionen um den Klimawandel und die Reduktion des CO₂-Ausstosses wieder aufflammen. Mitten in dieser Hitze hatte am Dienstag das liberale Carnot-Cournot-Netzwerk zu einem Themenabend geladen, an dem die angestrebte Klima- und Energiepolitik kritisch hinterfragt werden sollte. «Klimawandel - Forderungen und Realität», so der Titel der Veranstaltung.

Emanuel Höhener, Präsident des Netzwerks, erinnerte mit seinen Eingangsworten daran, dass in Südostasien jeweils monatelang Temperaturen zwischen 36 und 40 Grad herrschen, ohne dass ein «Notstand» ausgerufen werde. «Wir sind irgendwie verrückt in Mitteleuropa.»

Auch natürliche Faktoren

In einem ersten Referat äusserte sich Bernd Schips, emeritierter Professor für Nationalökonomie und ehemaliger Leiter der Konjunkturforschungsstelle der ETH, skeptisch zu den Forderungen nach einer radikalen Reduktion des CO₂-Ausstosses.

Es sei sicher, dass die bisher beobachtete Erwärmung sowohl auf natürliche wie auf anthropogene Faktoren zurückzuführen sei. Zu welchen Anteilen, sei aber ungeklärt. Denn viele Modellrechnungen, auf die sich der Weltklimarat für seine Zukunftsszenarien abstütze, bildeten die Temperaturen, die in den vergangenen Jahrzehnten von Satelliten gemessen wurden, nicht richtig ab. «Ausmass und Tempo des Klimawandels lassen sich noch nicht zuverlässig vorhersagen», so das Fazit von Schips.

Was Massnahmen gegen den Kohlendioxid-Ausstoss angeht, sei die Einführung einer globalen CO₂-Steuer theoretisch zwar ein geeignetes Mittel. Angesichts der unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Folgen einer solchen Steuer auf die Länder sei deren Einführung aber unwahrscheinlich. Wenn die Schweiz nur auf nationaler Ebene eine CO₂-Steuer beschliesse, beeinträchtige das wiederum die Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Wirtschaft. Die bessere Lösung sei, dass sich die Schweiz dem Europäischen Emissionshandelssystem anschliesse, da dieses gut funktioniere.

Grundsätzlich sei die Fokussierung auf eine Dekarbonisierung der Energieversorgung aber vorschnell, so Schips. «Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen eines nicht wirklich durchdachten und zu wenig vorbereiteten Verzichts auf fossile Energieträger dürfen nicht bagatellisiert werden.» Es müssten zuerst die technischen Voraussetzungen geschaffen werden, um Brenn- und Treibstoffe in ausreichenden Mengen CO₂-neutral zu produzieren.

Wolfgang Kröger, emeritierter Professor für Sicherheitstechnik ETH und früherer Leiter Nukleare Energie und Sicherheit am PSI, bezeichnete in seinem Referat den Ersatz fossiler Brennstoffe als «Herkulesaufgabe». Denn weltweit nehme der Energiebedarf wegen des Wachstums der Bevölkerung und des Wohlstands zu - bis 2040 um 30 Prozent. Auch steige der Stromverbrauch in den Industrieländern wegen der Digitalisierung und der E-Mobilität.

Kein Patentrezept

Aus Sicht von Kröger ist der Ausbau von Wind- und Sonnenkraft zwar richtungsweisend, alleine aber nicht ausreichend und ab einer gewissen Menge sogar «unklug». Denn die Wetterabhängigkeit dieser Energieformen machten Kraftwerksreserven, Netzausbau und komplexe Kontrollsysteme in hohem Mass notwendig. Wenn zudem temporäre Importe zur Energiestrategie der Länder gehörten, gefährde das deren Versorgungssicherheit.

Ein Patentrezept zur Lösung dieser Zielkonflikte gebe es zwar nicht, sagte Wolfgang Kröger. Das Ziel müsse aber ein gut durchmischter Energiemix mit ausreichender Eigenerzeugung sein. Es dürfe keine Technologieverbote geben.

Kröger meinte damit insbesondere, dass der Bau neuer AKW möglich sein müsse - eine Forderung, die in der Schweiz derzeit wohl chancenlos ist.